

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 24

Artikel: Der Sudan wird zum Angelpunkt : nach dem missratenen Putsch gegen Numeiri hat sich ein neues sowjetisches Verhalten gegenüber arabischen Protektionsgebieten gezeigt
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095478>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach dem missratenen Putsch gegen Numeiri hat sich ein neues sowjetisches Verhalten gegenüber arabischen Protektionsgebieten gezeigt

Der Sudan wird zum Angelpunkt

Peter Sager zu den Implikationen eines möglichen Präzedenzfalls

KP Sudans: Auch am Testfall China erprobte Moskautreue

Die Sudanese Kommunistische Partei (SKP) gilt als die stärkste und in mancher Beziehung als die reifste kommunistische Partei Afrikas. Ihre Gründung geht auf sudanese Studenten zurück, die 1944 in Kairo marxistische Gruppen bildeten. Zwei Jahre später dehnte sich die kommunistische Bewegung Ägyptens als «Sudanese Organisation für Nationale Befreiung» in den Sudan aus. Nach der Unabhängigkeit im Jahre 1956 konnte die SKP offen auftreten, wurde indessen wie jede andere politische Partei unter dem Regime Marschall Abbouds 1958 bis 1964 in den Untergrund verwiesen. Nach dem Sturz Abbouds war die SKP 1964 die einzige legale kommunistische Partei Afrikas, bis sie Ende 1965 erneut verboten wurde.

Die SKP ist traditionell auf Moskau ausgerichtet. In einer Erklärung anlässlich der Feier zur Erinnerung an die Oktoberrevolution pries die SKP die zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion, die von Moslems bevölkert sind, als Modell für den «nichtkapitalistischen Weg» und für die «nationaldemokratische Revolution» der Entwicklungsländer.

Die SKP verteidigte auch die UdSSR gegenüber chinesischen Vorwürfen, wonach Moskau den «arabischen Kampf gegen den Imperialismus» nicht genügend unterstützt habe. Sie schloss im August 1964 eine prochinesische Fraktion aus, die später die «Revolutionäre Kommunistische Partei Sudans» gründete. Die SKP war an den 50-Jahr-Feiern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) vertreten und unterhielt enge Kontakte mit der KPdSU und andern kommunistischen Parteien, regierenden von Ostdeutschland bis Nordkorea, und oppositionellen im arabischen Raum und in Europa.

Die Mitgliederzahl der SKP dürfte 10 000 nie überschritten haben, aber ihr Einfluss reichte in Kreise der Arbeiterschaft, der Intellektuellen und Studenten, der landlosen Bauern und der subalternen Offiziere. Ihr waren eine Reihe von offenen und getarnten Organisationen angeschlossen, namentlich der Sudanese Gewerkschaftsbund, der dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund und der Panafrikanischen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen ist. Dessen Generalsekretär, Shafi Ahmed el Sheikh, Vizepräsident des Weltgewerkschaftsbundes, war Empfänger eines Lenin-Preises und ist im Juli hingerichtet worden.

Die SKP galt als die bestorganisierte und geschickteste kommunistische Partei Afrikas; sie ist es vermutlich immer noch. Sie verstand es, in bekannter leninistischer Tradition die legale mit der illegalen Tätigkeit wirksam zu verbinden. An ihrem 4. Kongress im Oktober 1967 setzte sie das Ziel, eine «wahrhaft marxistisch-leninistische Massenpartei zu entwickeln» und beschloss folgendes 4-Punkte-Programm:

1. Unabhängige und schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus in der Festlegung der politischen Linie und der Organisationsformen entsprechend den sudanese Bedingungen und Verhältnissen.
2. Aufbau und Ausbau verschiedener moderner Massenorganisationen in Verbindung mit der politischen Bewegung.
3. Anpassung der Parteientwicklung an die regionale Entwicklung des Sudans.
4. Festlegung der Parteitätigkeit nach genauer und konkreter Untersuchung der verschiedenen Regionen und Ortschaften des Sudans.

Diesen Richtlinien gemäss hat die SKP seither ein Netz von Massenorganisationen aufgebaut. In den Städten wurden in erster Linie Arbeiter angegangen, auf dem Land vor allem die jungen Intellektuellen, die wenigen Arbeiter, die Landarbeiter und die Lehrer. Im Baumwollgebiet von Dschesirah beispielsweise hat sich die Partei auf die Landarbeiter und armen Bauern konzentriert. In Port Sudan, dem einzigen grossen Hafen des Landes, ging die Partei neben den Arbeitern auch die unteren Schichten und Studenten an, darüber hinaus die Nomadenstämme der Bedscha in den Rotmeer-Bergen. Im südlichen Sudan, dem rückständigsten und mehrheitlich von Negern bewohnten Gebiet, hat die Partei eine Verbindung aller «antiimperialistischen Elemente» angestrebt. Dank solch differenzierter Methoden konnte sie ihren Einfluss ausdehnen.

Die grosse Bedeutung, die man in Moskau der SKP zumisst, kam kürzlich in einem wichtigen Buch zum Ausdruck: «Die politischen Parteien Afrikas», Ende 1970 in Moskau in russischer Sprache vom Afrika-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR veröffentlicht. Dieses Institut darf wohl als ideologischer Kommandoposten und als Ausbildungszentrum für die sowjetische Tätigkeit in Afrika bezeichnet



Die kurzfristigen Machthaber nach dem Putsch vom 19. Juli: Oberst Nur, Major Ata und Major Khamdakh. Sie wurden nach Numeiris Gegenputsch hingerichtet.

werden. Im Buch wird ein längeres Kapitel den marxistisch-leninistischen Parteien Afrikas gewidmet, deren Mitgliedschaft von 5000 im Jahre 1939 auf 60 000 im Jahre 1967 angestiegen sei. Demnach umfasste die SKP etwas über 15 Prozent aller afrikanischen Mitglieder kommunistischer Parteien, derweil der Sudan bei knapp 15 Millionen Einwohnern nur 4,7 Prozent der rund 310 Millionen Bewohner Afrikas ausmacht.

1969: Numeiri kommt an die Macht – ein Liebling der UdSSR

Im genannten Kapitel wird der SKP beträchtlicher Raum gewidmet. Unter anderem steht zu lesen: «Die SKP zählt zu den marxistisch-leninistischen Parteien, die sich unter den neuen weltpolitischen Verhältnissen entwickelten, wie sie sich aus dem Sieg der UdSSR über den Faschismus während des Zweiten Weltkrieges ergaben... Die Niederlage des Faschismus und die neue, erstarkende Zusammenarbeit der sozialistischen Länder erleichterte und förderte das tiefe Interesse der patriotischen Kreise im Sudan am Marxismus. Marxistische Literatur hat sich eine starke Popularität verschafft, besonders bei der nationalen Intelligenz.»

Es folgt eine Darstellung der Geschichte der SKP aus Moskauer Sicht. Von aktuellem Interesse ist der Hinweis, dass 1961 die SKP zu einem politischen Generalstreik gegen die «Militärdiktatur» Abbouds aufgerufen habe, und zwar «im Gegensatz zum linksabenteuerverlichen Aufruf zu einem bewaffneten Aufstand gegen die Diktatur unter Bedingungen, die einen solchen Aufstand nicht begünstigten».

Der Abschnitt des Buches über den Sudan schliesst mit einem grossen Lob für General Numeiri, dessen Unterstützung durch die SKP betont wird: «Am 25. Mai 1969 stürzten die revolutionären demokratischen Kräfte der Armee in Verbindung mit andern progressiven Kräften das Regime der reaktionären bürgerlichen Grundbesitzer (das heisst die Regierung von Zivilisten, die seit der Absetzung Abbouds im Amt war). Das progressive Regime, an der Macht seit der Revolution vom 25. Mai, arbeitete ein breites Programm umfassender sozialwirtschaftlicher und politischer Reformen im Interesse der Werktätigen aus... Die Machtübernahme durch ein progressives Regime



Oberst Babikar Nur stelle sich in London als Präsident des betont prokommunistischen Putschregimes vor. Dann wurde er in Libyen (mit einem antikapitalistischen, antiwestlichen, antikommunistischen und antisowjetischen Regime) gekidnappt und nach dem Sudan ausgeliefert, wo ihn Numeiri, inzwischen wieder an der Macht, erschossen liess (Bild rechts: Oberst Nur vor seiner Hinrichtung).

war ein entscheidender Erfolg der antiimperialistischen Kräfte im Sudan, von denen die SKP ein wichtiger Teil ist...»

Der Sudan kriegt seine Protektion – samt Unterstützung im Kampf gegen sein farbiges Kolonialvolk

Diese enthusiastische Unterstützung Numeiris in einer offiziellen sowjetischen Veröffentlichung von Ende 1970 war durchaus gerechtfertigt. Der Einfluss der SKP, der mit ihr eng verbundenen Sozialistischen Partei und der kommunistisch geführten Gewerkschaften in der Regierung Numeiri war gross, zumal im Anfang. Die Regierung, die nach dem 25. Mai 1969 die Macht übernahm, umfasste vermutlich neun Mitglieder der SKP oder der Sozialistischen Partei. Der erste Akt im Rahmen von Numeiris antiwestlicher Aussenpolitik bestand in der diplomatischen Anerkennung der DDR, während seine Innenpolitik weitgehend aus Beschlagnahme und Verstaatlichung ausländischer und sudanesischer privatwirtschaftlicher Unternehmungen bestand.

Osteuropa revanchierte sich recht grosszügig: die Sowjetunion setzte mit Militär- und Wirtschaftshilfe ein. Erstere erreichte allein 1970 den Wert von über 300 Millionen Franken und schloss die Lieferung von Mig-21-Düsenkampfflugzeugen, MI-8-Helikoptern, Tanks, Panzerwagen, Geschützen und Luftabwehr-Raketen ein. Die UdSSR stellte zudem mehrere hundert Militär- und Wirtschaftsberater zur Verfügung. Die DDR reorganisierte die Sicherheitspolizei, und sogar China und Nordkorea sandten Hilfe.

Besonders bemerkenswert war Moskaus Unterstützung Khartums im Bürgerkrieg gegen die Neger im Südsudan. Es handelt sich hier um einen reinen Rassenkrieg, in welchem die arabischen Moslems den Negern im Südsudan gegenüberstehen. Die Sowjets stellten hierzu nicht nur schwere Waffen zur Verfügung, sondern auch Kampfpiloten, die unter der Negerbevölkerung grösste Opfer verursachten.

(Diese schwere Auseinandersetzung, die bisher zwischen einer und anderthalb Millionen Opfern gefordert hat, ist sowohl als Krieg wie auch als Rassenkampf merkwürdig echolos geblieben. Der Weltkirchenrat, der sich für die diskriminierten, aber in ihrer physischen Existenz keineswegs bedrohten Afrikaner in Rhodesien und Südafrika und die Finanzierung von Guerillas einzusetzen glaubt, hat bisher für die Anyanya im Südsudan wenig getan. Die Delegation des Weltkirchenrates unter Führung von Dr. Neilus, die Ende Oktober zwischen der Regierung in Khartum und der Südsudanesischen Befreiungsfront vermitteln wollte, wurde von der Regierung an ihren Platz verwiesen und konnte nur Fragen humanitärer Hilfe diskutieren. Der Eindruck verstärkt sich, dass der Weltkirchenrat nur dort ansetzt, wo andere Rassen von Weissen unterdrückt werden.)

Wie sind angesichts so beachtlicher sowjetischer Investitionen im Regime Numeiri zunächst der Aufstand gegen Numeiri und — nach dessen Scheitern — die unüblich scharfe Verurteilung der Massnahmen gegen die mskautreuen Kommunisten im Sudan zu verste-



Gewerkschaftsführer Shafi Ahmed el Sheikh (hier bei seiner Festnahme nach dem Scheitern des Putsches) war Vizepräsident des sowjetisch gelenkten Weltgewerkschaftsbundes und Leninpreisträger. Er wurde hingerichtet.



Putsch-Präsident Nur wurde in Libyen zuhause von Numeiri gekidnappt, nachdem man sein Flugzeug in Benghasi zur Landung gezwungen hatte: «Willkommen!» («Politika», Belgrad, 23. Juli 1971)

einige Kommunistische Partei Ägyptens für eine Unterstützung der Regierung Nasser aus... Die Partei verlangte für die Kommunisten das Recht auf Anerkennung und Legalität... Im Sommer 1962 wurde die Nationale Charta (durch Nasser) proklamiert;... sie definierte den wissenschaftlichen Sozialismus als besten Weg des Fortschritts... Die progressive Politik Nassers erhielt allgemeine Unterstützung. Indessen waren die Kommunisten — wenigstens ein beachtlicher Teil unter ihnen — immer noch Gefangene des Fraktionsdenkens... Das falsche Fraktionsdenken der Kommunisten isolierte diese von den Massen... Im Frühjahr 1964 überprüften die ägyptischen Kommunisten ihre Politik und änderten ihre Haltung gegenüber der Regierung Nasser. Als Folge wurden alle Kommunisten aus den Gefängnissen entlassen... Im März und April 1965 wurde die Auflösung der kommunistischen Organisationen beschlossen; deren Mitglieder sollten einzeln der Arabischen Sozialistischen Union (der staatlichen Einheitspartei Nassers) beitreten... Kurz nach der Auflösung der kommunistischen Organisationen traten viele Kommunisten in den Staatsdienst ein; etliche konnten führende Stellungen in der Arabischen Sozialistischen Union einnehmen...»

Diese sowjetische Kritik an den ägyptischen Kommunisten ist übrigens von einer unwahrscheinlichen Falschheit, hatte doch die sowjetische Presse Nasser bei seinem Machtantritt zunächst einmal einen «Faschisten» genannt. Erst nach dem Misslingen einer Verschwörung von 1954, an der neben Wafdisten und Sozialisten auch Kommunisten beteiligt gewesen waren, machten die Sowjets einen klaren Frontwechsel und befahlen ihren ägyptischen Genossen, sich jener Bewegung anzuschließen, deren faschistischen Charakter sie zuvor festgestellt hatten (siehe dazu Boris Guriel: «Die Anfänge der sowjetisch-ägyptischen Allianz», ZB Nr. 14/1970).

Im gleichen Buch werden für ähnliche Fehler auch andere kommunistische Parteien Afrikas kritisiert, so die algerische. Diese stand im bewaffneten Kampf Algeriens gegen französische Kolonialherrschaft lange Gewehr bei Fuss, da sie eine kommunistische Machtübernahme in Frankreich erwartete und davon die kommunistische Kontrolle über alle französischen Kolonien erhoffte. Solche Kritiken wurden in dem Buch des sowjetischen Afrika-Instituts gegen-

hen? (Im Vergleich zu den sowjetischen Massakern in Ungarn nach dem erfolglosen Freiheitskampf von 1956 — sie kosteten etwa 25 000 Männern, Frauen und Kindern das Leben —, im Vergleich auch mit den in arabischen Ländern üblichen Massnahmen nach der Niederschlagung eines Aufstandsversuches war Numeiri noch eher zurückhaltend.)

Ganz anders als das bisherige Verhalten gegenüber arabischen Ländern auf Kosten der einheimischen Kommunisten

Ein weiterer Umstand ist bemerkenswert. In den letzten Jahren hat die KPDSU die Kommunisten in Entwicklungsländern — besonders im arabischen Raum — angehalten, die subversive Opposition gegen nationalistische Regime aufzugeben, sofern letztere «antiimperialistisch», das heisst antiwestlich eingestellt waren. Mehr noch, diese nichtregierenden kommunistischen Parteien wurden von Moskau angewiesen, sich den Wünschen nationalistischer Regime zu fügen und die offene, organisierte Parteiarbeit aufzugeben; ihre Mitglieder sollten gar individuell den staatlichen Einheitsparteien beitreten.

Eine überzeugende Illustration für diese Haltung finden wir in der bereits genannten Moskauer Veröffentlichung «Die politischen Parteien Afrikas». Dort werden die Kommunisten Ägyptens scharf kritisiert, weil sie mit einer Unterstützung Nassers zu lange gewartet hätten:

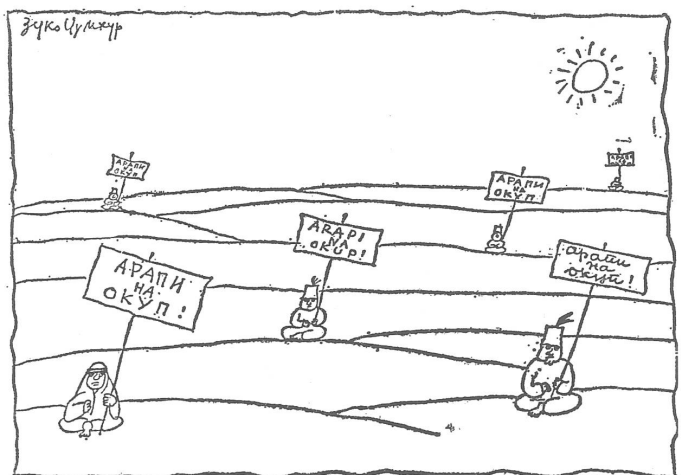
«In der Juli-Revolution von 1952 (als die liberalen Offiziere König Faruk stürzten) nahmen die ägyptischen Kommunisten eine passive Haltung ein. Sie hatten die revolutionäre Lage des Landes falsch eingeschätzt... 1954 wurden mehrere Kommunisten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt... 1957 sprach sich die Ver-

Sommer 1971: Putsch, Gegenputsch und Fragezeichen – Warum hat Moskau eigentlich Partei ergriffen?

Die SKP hatte — wie bereits erwähnt — einen bewaffneten Aufstand gegen Abboud als abenteuerlich abgelehnt, obwohl sie gegen ihn wesentlich mehr und Grundsätzliches einzuwenden gehabt hätte, während Numeiri nach wie vor Moskau in die Hände spielte, allerdings seit Anfang Jahres hie und da Kommunisten aus Schlüsselstellungen zu entfernen begann.

Moskau hat seine Hand im bewaffneten Aufstand nicht bestritten. In der Moskauer «Neuen Zeit» Nr. 30 vom Juli 1971 steht zu lesen: Der Umsturz im Sudan «war schlagartig und so gut wie blutlos. In der Nacht zum 20. Juli umzingelten auf Befehl von Offizieren Panzer das Schloss des Präsidenten in Khartum, und Truppenteile besetzten den Sender. Nach einiger Zeit gab Radio Khartum einen Appell Major Hassem al Watas durch, der den Umsturz angeführt hatte. Er sagte unter anderem, dass die Streitkräfte ‚ein demokratisches politisches System mit wirksamer Beteiligung des Volkes an den Staatsangelegenheiten aufrichten‘ werden und dass der Sudan ‚der antiimperialistischen Front angehören wird, die zu den sozialistischen Ländern mit der grossen Sowjetunion an der Spitze in einem Freundschaftsverhältnis steht‘».

Die überaus und ungewöhnlich scharfe Reaktion gegen Numeiris Gegenmassnahmen stellt einen Bruch mit der bisherigen sowjetischen Praxis dar, wonach sich Moskau in seinen ausserpolitischen Zielsetzungen nie ernstlich durch die Verfolgung von ausländischen Kommunisten berühren liess. Das beste Beispiel war Stalins lässige Opferung der deutschen Kommunisten, die durch Himmler ausgerottet wurden, während Stalin mit der Lieferung wichtiger Rohstoffe die Kriegsanstrengungen Hitlers unterstützte.



«Araber aller Länder, vereinigt euch!» («Politika», Belgrad, 1. August 1971)

Die blutigsten Kommunistenverfolgungen der Welt

Die grösste und blutigste Kommunistenverfolgung aller Zeiten fand zur Zeit der grossen Säuberungen Stalins in der Sowjetunion selber statt.

Die zweitgrösste (300 000 bis eine Million Opfer) setzte nach dem Herbst 1965 durch die im Gegenputsch siegreichen Generäle in Indonesien ein. Während ihres ganzen Ausrottungsfeldzugs bezogen sie ihre Waffen weiterhin aus der UdSSR, die trotz einigen (sehr schwachen und von der westlichen Linken nirgends aufgegriffenen!) Lippenprotesten nur zu entzückt darüber war, eine pekingtreue Konkurrenzorganisation liquidiert zu sehen. Die wahrscheinlich drittgrösste wickelte sich portionenweise im Aegypten Nassers ab, der mehrere hundert Kommunisten deportieren, foltern und ohne Gerichtsurteil im Gefängnis ermorden liess. UdSSR und DDR reagierten je nach augenblicklicher Opportunität darauf mit «Bedauern» oder auch überhaupt nicht.

Weitere Beispiele: Boumedienne begann nach seinem Putsch gegen Leninpreisträger Ben Bella mit einer Kommunistenverfolgung. Man hat sie ihm nach einiger Zeit in Moskau (und seither auch in der westlichen Linken!) verziehen. In Syrien wurden im Herbst 1970 einige Kommunisten gefoltert und hingerichtet. Moskau drückte sein «Bedauern» aus (und im Westen nahm wohl kaum einer von denen, die für Angela Davis auf die Strasse gehen, davon überhaupt Kenntnis).

Geht es auch im Sudan (wie nach dem Sturz Ben Bellas in Algerien) nur um die schickliche Frist? Das ist natürlich nicht auszuschliessen. Aber die Lage ist grundsätzlich anders, und zwar deshalb, weil Numeiri im Gegensatz zu den andern Kommunistenverfolgenden und moskaufreundlichen Machthabern die Sowjetunion offen denunziert hat. So geht es diesmal darum, wie der Fall einer offenen Insubordination weiter zu behandeln ist.

über der SKP nicht geäussert, woraus erfolgt, dass deren Politik in Moskau noch Ende 1970 volle Billigung fand.

Irgendwann im Jahre 1970 — vermutlich nach Nassers Tod — hat General Numeiri den nun hingerichteten Generalsekretär Mahjoub ersucht, er möge die kommunistischen Untergrundorganisationen auflösen und deren Mitglieder individuell einer nach ägyptischem Vorbild noch zu gründenden Einheitspartei zuführen. Numeiri verlangte damit nicht mehr, als was alle andern arabischen Staatsschefs verlangt — und erhalten hatten, teils sogar mit Hilfe einer Moskauer Intervention bei deren lokalen Ablegern. Aber Mahjoub widersetzte sich diesem Ansinnen. Die Regierung begann, gegen einzelne Kommunisten vorzugehen. Der illegale SKP-Parteiapparat bereitete darauf im Untergrund den Putsch vor, den er mit der Hilfe dissidenter Offiziere erfolgreich abzuschliessen hoffte.

Präzedenzfall für eine neue politische Linie überhaupt?

Wenn man sich die Gewandtheit der SKP, ihre Fähigkeit, verschiedenste Regierungen zu überleben und das Regime Abboud ohne Waffengebrauch zu stürzen sowie ihre traditionelle Treue zu Moskau vor Augen hält, so erscheint es als

äusserst unwahrscheinlich, dass diese ganze Partei einschliesslich ihrer alten und erfahrenen Führer einen plötzlichen Rückfall in das erlitten, was Lenin als die Kinderkrankheit des Sozialismus bezeichnete: den Radikalismus. Ebenso unwahrscheinlich ist es, dass Moskau eine befreundete Regierung so scharf angegriffen hätte, wenn der Putschversuch ohne Billigung der UdSSR unternommen worden wäre.

Damit liegt der Schluss klar auf der Hand: der kommunistische Umsturzversuch im Sudan wurde durch Moskau gebilligt, wenn nicht sogar befohlen, und ist Ausdruck einer neuen sowjetischen Politik mindestens gegenüber den arabischen Staaten, wenn nicht sogar generell gegenüber allen Entwicklungsländern. Dieser Wechsel hat ideologisch-politische und militärische Folgen. Die Anwendung der neuen Politik im Sudan mag zufällig sein; sie stellt damit aber eine Warnung an alle Entwicklungsländer dar und bedeutet für Empfänger sowjetischer Hilfe, dass Moskau die innenpolitische Ausschaltung von Kommunisten nicht mehr straflos hinnimmt. Die Säuberung von moskautreuen Elementen in Aegypten im Frühjahr zeitigte eine schnelle sowjetische Reaktion: Podgorny flog nach Kairo und zwang Präsident Sadat zu einem Vertrag, der die sowjetische Oberhoheit über Aegypten eindeutig fixierte. Dieser Vertrag geht durchaus weiter als der anglo-ägyptische Staatsvertrag von 1936, der von Linkskreisen so gerne als Prototyp eines kolonialistischen Diktates zitiert wird.

Die Versteifung der sowjetischen Aussenpolitik, die hier nachgewiesen wurde, ist Ausdruck der Restalinisierung in der Sowjetunion selbst, wie sie durch die Breschnew-Doktrin — angewendet in der Tschechoslowakei 1968 — veranschaulicht wird. Die erhöhte Unterstützung und der gehobene Status der moskautreuen kommunistischen Parteien soll der Sowjetunion vermutlich auch Schutz gegen maoistische, trotzkistische und neue linke Abweichler geben.

Militärpolitische Ueberlegung

Sowjetische militärpolitische Ueberlegungen dürften wesentlich zu den Motiven geführt haben, die Moskau veranlassten, Mahjoub's Putschversuch anzuordnen und Numeiri's Bestrafung der Putschisten anzuklagen. Sowohl in Moskau als auch in Peking ist der Einfluss der Militärs in der Bestimmung der Aussenpolitik in den letzten Jahren sprunghaft angewachsen. Dies entgegen der leninschen und stalinschen

Eine neue Konstellation ...

... bietet dann neue Möglichkeiten, wenn man sie ausnützen kann und will. Und da hapert es denn auch. Pro memoria etwas aus ZB, Nr. 17/1971:

«Allerdings, und das wird Moskau im Falle Sudans ebenso glücklich über die Runden bringen wie im Falle des ägyptischen Präsidenten Sadat, als dieser mit seinen moskautreuen Feinden abrechnete, aber gleich darauf einen Pakt mit der UdSSR besiegeln musste: Was haben diese Staaten denn für eine Alternative zur sowjetischen Protektion? Falls Moskau Numeiri nicht fällen kann, wird es mit leidiger Verspätung dann doch seine kommunistischen Opfer oder deren Andenken fallen lassen.»

Die Titelfoto

dieser Nummer ist der illustrierten Ostberliner Zeitschrift «NB!», 3. Juliheft 1970, entnommen. Numeiri war bei seinem Staatsbesuch in der DDR als «Freund unter Freunden» begrüsst worden. Ein Jahr später sprach die gleiche Zeitschrift von Numeiri's «Mordfeldzug» gegen Kommunisten und «nationalgesinnte Offiziere» (der Ausdruck hat in der DDR einen positiven Klang).

Praxis, welche im militärischen Establishment vor allem ein wichtiges Werkzeug im Dienste der mächtigen Partei erblickten. Eine Unterstützung durch die Armee des Sudans im Kampf gegen Israel ist von unmittelbarer militärischer Relevanz. In der Moskauer langfristigen strategischen Planung bietet der Sudan interessante Möglichkeiten sowohl für die Flotte als auch für die Luftwaffe.

Sowjetische Ingenieure nahmen ihre Arbeit am Ausbau von Port Sudan vor mehr als einem Jahr auf, wohl in der Absicht, eine sowjetische Flottenbasis zu errichten. Gegenwärtig ist Port Sudan, das vermutlich als Bunkerhafen für allgegenwärtige sowjetische Fischerflotten getarnt wird, von einem Gürtel von SAM-2-Raketentrampeln umgeben.

Die grosse Ausdehnung des sudanesischen Territoriums — 2,5 Millionen Quadratkilometer — ist ideal für den Aufbau eines Netzes von Luftwaffenbasen, von wo aus Langstreckenraketen sowohl den afrikanischen Kontinent beherrschen können als auch den Indischen Ozean, in welchem die Sowjetflotte trotz raschem Ausbau noch über keinen Flugzeugträger und erst über zwei Helikopterträger verfügt. Basen im Sudan würden sich daher in der sowjetischen Strategie als überaus nützlich erweisen, und zwar sowohl im Falle eines Weltkrieges, als auch im Falle lokaler, von der Sowjetunion provozierter Aufstände oder begrenzter Kriege.

Ob und in welchem Ausmass die Sowjetunion mit ihrer neuen, harten Linie erfolgreich ist; ob die «revolutionären» arabischen Regierungen in Khartum, Kairo und anderswo sich dem sowjetischen Diktat unterziehen oder gar neuen, willigeren Regimen Platz machen müssen; oder ob schliesslich der Kreml seine neue, harte Politik wieder aufgeben muss: das alles ist noch nicht absehbar.

Was immer das Ergebnis sein wird: die sowjetische Offensive gegen die sudanesischen Regierung, die lange von Moskau als progressiv und antiimperialistisch gewürdigt worden ist, erscheint in Verbindung mit der andauernden politischen und militärischen Expansion der Sowjetunion im Mittelmeer und im Indischen Ozean als offensichtlicher Gegensatz zur gross plakatierten Moskauer Politik der «friedlichen Koexistenz» und der «Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder».

Als sicher erscheint, dass die sowjetische Entwicklungshilfe mehr und mehr mit offensichtlichen politischen Bedingungen gekoppelt wird. Mit der Annahme solcher Hilfe wird mehr und mehr die Aufgabe staatlicher Unabhängigkeit verbunden sein. ■